

Edition Zweite Moderne  
*Herausgegeben von*  
*Ulrich Beck*  
Redaktion: Raimund Fellingner

John W. Meyer  
Weltkultur

Wie die westlichen Prinzipien  
die Welt durchdringen

*Herausgegeben von*  
*Georg Krücken*

Aus dem Amerikanischen  
von Barbara Kuchler

Suhrkamp

Inhalt

Georg Krücken  
Einleitung ..... 7

KAPITEL 1

John W. Meyer / John Boli / George M. Thomas  
Ontologie und Rationalisierung im Zurechnungssystem der westlichen Kultur ..... 17 ✓

KAPITEL 2

John W. Meyer / Ronald L. Jepperson  
Die »Akteure« der modernen Gesellschaft: Die kulturelle Konstruktion sozialer Agentschaft ..... 47 (o)

KAPITEL 3

John W. Meyer / John Boli / George M. Thomas / Francisco O. Ramirez  
Die Weltgesellschaft und der Nationalstaat ..... 85 (x)

KAPITEL 4

John W. Meyer  
Der sich wandelnde kulturelle Gehalt des Nationalstaats ... 133 (o)

KAPITEL 5

John W. Meyer  
Die Europäische Union und die Globalisierung der Kultur ..... 163

KAPITEL 6

Elizabeth Heger Boyle / John W. Meyer  
Das moderne Recht als säkularisiertes globales Modell: Konsequenzen für die Rechtssoziologie ..... 179

KAPITEL 7

John W. Meyer / Francisco O. Ramirez  
Die globale Institutionalisierung der Bildung ..... 212 (x) (o)

Erste Auflage 2005

© John W. Meyer 1997, 1998, 2000

© der deutschen Ausgabe:

Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2005

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikروفilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert

oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag gestaltet nach einem Konzept von Willy Fleckhaus: Werner Zegarzewski  
Satz: Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 3-518-41651-0

1 2 3 4 5 6 - 10 09 08 07 06 05

Univ.-Bibl.  
Bamberg

38669

breiten Verankerung in wissenschaftlich-rationalen Deutungsmustern und den Organisationen der UN ist, so die Vermutung der Autoren, mit einer Zunahme von internationalen Umweltschutzmaßnahmen zu rechnen.

Durch diesen Überblick sollte das Grundmodell der »world polity«-Forschung deutlich geworden sein: Die als Vorstellungswelt verstandene »world polity«, die aus unterschiedlichen Wertorientierungen besteht, konstruiert ihre Akteure. Auf der Akteursebene werden der Staat, die Organisation und das Individuum zunehmend alternativlose Strukturformen der Moderne. Während sie sich auf Kosten traditionaler Formen der Organisierung von Handlungsfähigkeit (Gruppen, Familien, Clans etc.) durchsetzen, ist das Verhältnis von Staat, Organisation und Individuum ein Positivsummenspiel. Durch die Wertorientierungen der »world polity« legitimiert, bedingen und verstärken sie sich wechselseitig. Mit der Lockerung der Bindungskraft traditionaler Strukturformen steigt die Bedeutung von Organisationen und Staaten für Individuen. Umgekehrt bilden Individuen und Staaten den zentralen Bezugspunkt für organisatorisches Handeln, sofern es sich nicht auf andere Organisationen bezieht, und ebenso ist staatliches Handeln auf andere Staaten wie auf Individuen und Organisationen angewiesen. Diese Verbindung kultur- und strukturtheoretischer Überlegungen, die den Schlüssel zum Verständnis ganz unterschiedlicher Phänomene der Gegenwartsgesellschaft darstellt, ist durch vielerlei theoretische Einflüsse geprägt.

## Kapitel 1

### John W. Meyer / John Boli / George M. Thomas Ontologie und Rationalisierung im Zurechnungssystem der westlichen Kultur

In diesem Text erläutern wir unsere Auffassung, daß soziales Handeln in modernen Gesellschaften stark durch institutionalisierte Regeln geprägt ist. Diese Regeln manifestieren sich in kulturellen Theorien, Ideologien und Vorschriften über das Funktionieren der Gesellschaft, wie es tatsächlich ist oder im Lichte bestimmter kollektiver Ziele sein sollte, insbesondere der sich herausbildenden umfassenden Ziele Gerechtigkeit und Fortschritt. Diese kollektiven Güter wiederum sind mit anderen Elementen der institutionellen Ordnung verknüpft, die die moralische Ordnung und natürliche Welt definieren. Man kann dies in der Terminologie der Wissenssoziologie ausdrücken und sagen: Die westliche Gesellschaft ist im wesentlichen ein kulturelles Projekt zur Organisation menschlichen Handelns, durch das die richtigen Verknüpfungen zwischen der moralischen und der natürlichen Welt hergestellt werden sollen.

Eines unserer zentralen Interessen ist die Klärung der Frage, wie die institutionelle Struktur der Gesellschaft diejenigen sozialen Einheiten hervorbringt und legitimiert, die man gemeinhin als »Akteure« bezeichnet. Unsere Antwort ist: Institutionalisierte kulturelle Regeln definieren die Bedeutung und die Identität des Individuums ebenso wie die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Handlungsmuster, in denen Individuen sich angemessenerweise betätigen können. In gleicher Weise konstituieren diese Regeln die Zwecke und die Legitimität von Organisationen, Professionen, Interessengruppen und Staaten, ebenso wie sie die angemessenen Handlungsbereiche für diese Einheiten abstecken. Alle diese Festlegungen sind in modernen Systemen von allgemeiner kultureller Bedeutung und gelten weithin universell in allen diesen Systemen. Die Folge ist, daß innerhalb des institutionellen Sy-

stems individuelle Identitäten, Entscheidungen und Handlungen in allen ihren Aspekten (eine Stimmabgabe, der Kauf eines Konsumguts, eine Berufsentscheidung) als auf die kollektiven Ziele Fortschritt und Gerechtigkeit bezogen erscheinen.

Es ist sehr vielsagend, daß die Begriffe *Institution* und *Institutionalisierung* in der modernen soziologischen Diskussion mit unscharfer und wechselnder Bedeutung gebraucht werden. Diese Begriffe beziehen sich auf die grundlegende Geordnetheit sozialer Strukturen und Handlungen entlang von allgemeinen Regeln, allerdings mit erheblicher Unsicherheit in bezug auf die genaue Beschaffenheit dieser Regeln: Handelt es sich um aggregierte statistische Beschreibungen der Praxis oder um empirische Analysen von Interaktionen zwischen bestimmten vorausgesetzten Einheiten wie Individuen, Organisationen oder anderen kulturellen Formen? In unserem Verständnis sind *Institutionen* kulturelle Regeln, die bestimmten Einheiten und Handlungen kollektiven Sinn und Wert verleihen und sie in einen größeren Rahmen integrieren. Dabei gelten uns sowohl die Handlungsmuster als auch die Einheiten, die sie ausführen (Individuen und andere soziale Einheiten), als durch solche allgemeinen Regeln konstruiert. *Institutionalisierung* ist dann der Prozeß, durch den bestimmte Einheiten und Handlungsmuster normative und kognitive Gültigkeit erlangen und praktisch als Selbstverständlichkeiten und Gesetzmäßigkeiten akzeptiert werden (sei es durch formales Recht, durch Gewohnheit oder durch Wissen).

In den meisten soziologischen Theorien werden Akteure (von Individuen bis hin zu Staaten) und ihre Handlungen als reale, a priori gegebene Elemente moderner sozialer Prozesse und institutioneller Formen behandelt. Für uns ist dagegen die »Existenz« und Beschaffenheit von Akteuren eine sozial konstruierte und hochgradig hinterfragbare Angelegenheit, und Handlung ist die Inszenierung übergreifender institutioneller Drehbücher und nicht das Produkt intern erzeugter, autonomer Entscheidungen, Motive und Zwecke.

Dabei wollen wir von Anfang an klarstellen, daß die Wahl einer institutionalistischen Theorieperspektive nicht bedeutet, daß man sich die Gesellschaft ohne Menschen denkt. Wir halten es nur nicht für selbstverständlich, sondern vielmehr für erklärungs- und un-

tersuchungsbedürftig, daß Menschen sich auf kulturelle Zurechnungen berufen und verlassen, wenn sie sich selbst als Individuen (Personen, Menschen, Weltbürger) mit Rechten, Wert und Würde definieren. Ebenso wenig selbstverständlich ist es, daß sie sich auf kulturelle Zurechnungen berufen, wenn sie ihre Handlungen als Produkte individueller Entscheidungen ausgeben, die aus individuellen Motiven und Empfindungen hervorgehen und legitimierte Ressourcen wie individuelles Eigentum benützen. Wir vertreten hier eine sozialpsychologische Position, die von Goffman (1974) und Swanson (1971) entwickelt wurde und deren Zusammenhang mit institutionellen Strukturen bei Mills (1940) dargestellt ist. Aber wir fügen den Überlegungen dieser Autoren die zentrale Aussage hinzu, daß der ontologische Status des Individuums eine soziale Konstruktion ist, die eine soziale Ressource darstellen und Akteure bei ihren Handlungen unterstützen kann, die aber auch eine Last sein kann wie im Gefühl der Heimatlosigkeit des modernen Menschen, die Berger u. a. (1973) beschrieben haben.

Im folgenden Abschnitt diskutieren wir die Probleme akteurzentrierter soziologischer Theorien, zunächst mit Blick auf Theorien, bei denen die Akteure als Individuen verstanden werden, dann mit Blick auf Theorien, die mit kollektiven Akteuren wie Interessengruppen, Organisationen und Staaten arbeiten. Solche Theorien – so versuchen wir zu zeigen – sind letztlich gezwungen, auf weiche Begriffe von Kultur als Hintergrundbedingung des Handelns zurückzugreifen. Kultur wird in diesen Theorien zu wenig inhaltlich bestimmt und zu sehr als unhinterfragbare und unabänderliche Gegebenheit reifiziert. Im zweiten Abschnitt entwickeln wir ein Modell moderner kultureller Systeme als institutionalisierter Zurechnungssysteme, die die Einheiten und Prozesse der modernen Gesellschaft definieren und in einen gemeinsamen, übergreifenden Rahmen einordnen.

Im dritten Abschnitt vertreten wir mit Hilfe dieses institutionalistischen Modells die These, daß die beiden Prozesse (a) der Rationalisierung des Handelns und der Ausrichtung der legitimierten kollektiven Modelle an dieser Rationalisierung und (b) der Konstruktion von Einheiten, denen der Status des zweckorientierten Akteurs zugeschrieben wird, in einem Verhältnis der Interdependenz zueinander stehen. Um diese These zu begründen, untersu-

chen wir die religiösen und kulturellen Bedingungen der westlichen Geschichte, aus denen die vorherrschenden institutionellen Modelle von Akteuren, Organisationsformen und rationalisiertem Handeln hervorgegangen sind.

### Akteure, Handlungen und ihre Reifizierung

Die meisten Erklärungsmodelle, die die soziologische Theorie in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht hat, übernehmen ungefragt einen Großteil des strukturellen und ideologischen Individualismus der modernen Gesellschaft. Diese Modelle beruhen auf zwei Grundannahmen: Die Gesellschaft besteht im wesentlichen aus individuellen Akteuren, und soziales Handeln besteht normalerweise im zweckorientierten Verhalten von Individuen. Diese Modelle haben etwas unmittelbar Einleuchtendes und Natürliches, dessen Ursprung in der modernen Gesellschaft selbst liegt – viele ideologische Strömungen der Gesellschaft stützen sich viel stärker auf zweckorientierte, individualistische Vorstellungen von der Realität als auf irgendwelche alternativen Vorstellungen. So stellt man sich etwa die Wirtschaft als eine Dynamik individueller »Entscheidungen« in bezug auf Investitionen, Konsum und Arbeitsmarktteilnahme vor. Das politische System begreift man als Ergebnis individueller Wählerentscheidungen und Organisationsmitgliedschaften; und Religion und Kultur als das Produkt individueller Glaubens-, Wissens- und Werthaltungen.

Soziale Strukturen werden in solchen Modellen relevant, um die Beeinflussung der Entscheidungen und Handlungen eines Individuums durch die Entscheidungen und Handlungen anderer zu beschreiben. In die Modelle der Ökonomen gehen soziale Strukturen meist nur in Form von Tauschprozessen ein, die sich in Kosten- und Nutzenbegriffen ausdrücken lassen. Psychologen lassen schon komplexere Verhältnisse zu und berücksichtigen auch Phänomene wie individuelle Bindungen, Interaktion und Kommunikation. Soziologen schließlich sind vergleichsweise hemmungslos; wenn sie Tausch-, Bindungs- und Interaktionsverhältnisse analysieren, decken sie typischerweise hochstrukturierte Zusammenhänge von Individuen – Gruppen, Organisationen, Netzwer-

ke u. ä. – auf, die starke eigene Effekte auf Dinge wie Berufswahlentscheidungen, Wählerverhalten und kulturelle Vorlieben und Werte haben.

Modelle dieser Art können für manche Zwecke höchst fruchtbar sein. Aber sie neigen dazu, die institutionellen Grundlagen der einzelnen aufgefundenen Effekte zu unterschätzen; und sie eignen sich nur begrenzt zur Untersuchung des Wandels und der Unterschiedlichkeit von Strukturen. So unbefangen und natürlich sie an die Analyse gegenwärtiger sozialer Vorkommnisse und Ergebnisse herangehen, so gequält und hilflos wirken auf der anderen Seite ihre Versuche, die Entstehung und Stabilität von solchen regelmäßig auftretenden Formen wie komplexen und stabilen Arbeitsmärkten, demokratischen Wahlen oder hochstrukturierten Bildungssystemen zu erklären. Die Annahme, daß solche Phänomene ausschließlich oder auch nur hauptsächlich durch die Entscheidungen und Handlungen von Individuen zustande kommen, erscheint unmittelbar problematisch. Ein sofort einleuchtendes Problem liegt etwa in der weiten Verbreitung dieser Formen. Kann man vernünftigerweise annehmen, daß die Werte und das technische Wissen von so vielen so unzusammenhängenden Individuen so gleichförmig sind?

Als Reaktion auf dieses Problem entwickeln individualistische Sozialtheorien einen Begriff von Kultur als allgemeinem Wertesystem der Gesellschaft und einen Begriff von Sozialisation als Mechanismus zum Einfüllen der Kultur in die Individuen (exemplarisch dafür ist das Werk von Parsons [1951]). Sozialisation ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, indem er eine Reihe universalistischer, rationaler Normen und Werte in die Persönlichkeit aller (oder jedenfalls der meisten) Individuen hineinverpflanzt. Kultur ist einerseits eine Reihe von Werten, die die Bildung individueller Präferenzen gestattet, und andererseits ein System technischen Wissens, das Individuen die Wahl der richtigen Mittel zum Erreichen ihrer Zwecke ermöglicht.

Dieses Vertrauen in die Sozialisation von Individuen und in internalisierte kulturelle Werte ist von verschiedenen Seiten heftig kritisiert worden (einschlägig ist etwa die Kritik von Wrong [1961]). Erstens scheint es nicht recht gelungen zu sein, die Existenz und die Stärke kultureller Werte sowie die Fähigkeit diffuser

Sozialisationsprozesse zur Vermittlung dieser Werte zu beweisen. Zweitens wird die Voraussetzung der weitgehenden Universalität und Konsensualität kultureller Werte widerlegt durch die Existenz offensichtlicher Widersprüche innerhalb des kulturellen Systems selbst sowie durch die unbestreitbare Bedeutung von Konflikten und konkurrierenden Interessen in der modernen Gesellschaft. Drittens, und für unsere Zwecke entscheidend, blendet man einfach zu viele wichtige Fragen aus, wenn man behauptet, daß so leistungsfähige Institutionen wie die Marktwirtschaft, der bürokratische Staat oder das staatsbürgerliche politische System sich abstrakten und von Individuen durch Sozialisation verinnerlichten Werten verdanken. Auf diese Weise »erklärt« man die zentralen Merkmale der modernen Gesellschaft mit Hilfe einer Restkategorie und wirft eine Reihe einflußreicher sozialer Kräfte in den gemeinsamen Topf eines verschwommenen Kulturbegriffs, ohne sie näher zu untersuchen.

Manche Theoretiker reagierten auf dieses Problem mit der Rückkehr zu einem noch radikaleren soziologischen Individualismus – der minutiösen Konstruktion immer genauerer individualistisch-reduktionistischer Modelle. Nach Homans (1964) sollte die Theorie »die Menschen wieder ernst nehmen«. In allen Sparten der Sozialwissenschaften – vor allem natürlich in Ökonomie und Psychologie, aber auch in Politologie und Soziologie – gab es Versuche, die Gesellschaft konsequent aus Modellen individuellen Handelns heraus zu erklären. So wurde zum Beispiel unter dem Titel der Netzwerkanalyse vielfach versucht, zwischenmenschlichen Interaktionsmustern mehr Erklärungswert abzurufen (siehe die Beiträge in Marsden/Lin 1982; Burt/Minor 1983).

Diese Versuche stoßen jedoch alle an dieselbe Grenze, die in der Folge der Konzentration auf individuelle, durch Sozialisation erzeugte Dispositionen und von Individuen gebildete Interaktionsmuster unweigerlich entsteht. Wenn man etwa Wahlen und Wählerverhalten erklären will, kommt man mit dem individualistischen Ansatz nur bis zu einem bestimmten Punkt. Irgendwann kommt man nicht mehr darum herum, sich mit den prägenden institutionellen Merkmalen des sozialen Systems selbst auseinanderzusetzen. Menschen wählen normalerweise nur dann, wenn es Wahlen gibt. Bildung wird dann erworben (und hat mehr Einfluß

auf das Wählerverhalten), wenn es ein allgemeines Bildungssystem gibt, das mit dem System der Statusverteilung verknüpft ist. Berufliche Karrieren werden dann angestrebt (und haben mehr Einfluß auf die Parteibindung), wenn es organisierte Berufe gibt, die mit dem Schichtungssystem verknüpft sind. Religiöse Bindungen werden dann eingegangen (und haben mehr Einfluß auf die politische Partizipation), wenn es organisierte und legitimierte religiöse Aktivitäten gibt, die kulturell mit der politischen Sphäre verknüpft sind. In allen diesen Bereichen weist ein institutionalistischer Ansatz auf die Bedeutung allgemeiner kultureller Bedingungen und auf die kulturelle Konstruiertheit mikrosoziologischer Effekte hin.

Um diese Grenze zu überwinden, hat die Theorie sich in den letzten Jahren verstärkt dahin gewandt, die exklusive Beschäftigung mit dem Individuum aufzugeben und sich statt dessen mit anderen »Akteuren« im sozialen System wie Interessengruppen, Organisationen und Verbänden zu befassen. Soziale Prozesse und sozialer Wandel sind so gesehen mindestens teilweise das Ergebnis der Handlungen und Interaktionen solcher großformatiger Akteure. Das moderne politische System zum Beispiel wird als Netzwerk von Beziehungen zwischen Organisationen betrachtet (Warren 1967; Scott 1983). In dessen Zentrum steht der Staat als einheitlicher organisationaler Akteur, der sowohl im eigenen Land als auch auf internationaler Bühne seine Zwecke verfolgt (Evans/Rueschemeyer/Skocpol 1985). Diese Theorierichtung behält den *Realismus* des soziologischen Individualismus bei, dem gemäß Akteure durch die mehr oder weniger rationale Wahl von Mitteln ihre Zwecke verfolgen; sie kann aber viel komplexere Analysen durchführen und mehrere Ebenen gleichzeitig behandeln.

Die Zulassung von kollektiven Akteuren behebt einige Schwächen des individualistischen Modells. Vieles von dem, was früher mit dem Gummibegriff der Kultur abgefunden wurde und per Sozialisation im sozialen System verbreitet werden sollte, wird jetzt ausdrücklich in den Strukturen und Programmen organisierter Akteure angesiedelt. So kann etwa die Kanalisierung von Interessen durch Organisationen in einer Weise geschehen, die nicht mehr viel mit dem Ausgangspunkt zu tun hat; zum Beispiel wenn die Anliegen der Behinderten schließlich in die Form von Bürgerrech-

ten gekleidet werden. Individuen und ihre frei flottierenden Interaktionsnetzwerke werden so zu abhängigen Variablen, und im Zentrum der Analyse stehen statt dessen formal strukturierte und durch organisierte Gruppen hervorgebrachte Regeln. Viele wichtige Elemente der Gesellschaft lassen sich auf diese Weise beschreiben: Wohlfahrtsstaatliche Systeme, Arbeitsmärkte und kulturelle Strukturen erscheinen dann als das Produkt von handelnden und miteinander interagierenden Organisationen oder Gruppen von Organisationen (Wilensky 1976; Baron/Bielby 1980; Baron 1984; DiMaggio/Stenberg 1985; Wuthnow 1980a; 1985). Entsprechend wird der individuellen politischen Partizipation weniger Aufmerksamkeit gewidmet als den systemisch bestimmten Partizipationsmöglichkeiten und der Determination des Wählerverhaltens durch Klassen oder Interessengruppen, die eher situativ als sozialistisch wirksam werden. Individuelle Bildungsleistungen werden mit weniger Aufmerksamkeit beobachtet als das Bildungssystem selbst, das die Individuen durch eine Mischung aus Anreiz und Zwang zur Bildungsteilnahme zu bewegen versucht.

Parallel zu dieser Hinwendung zu Kollektiven ist ein verstärktes Interesse für die übergreifende Umwelt zu beobachten, in der diese Akteure operieren. Genauso wie individualistische Modelle letztlich ein übergreifendes Netzwerk von Interaktionen und Beziehungen behaupten, betten auch organisationsbezogene Modelle die Akteure in ein größeres System ein – in eine Weltwirtschaft (Wallerstein 1974), ein System militärisch konkurrierender Staaten (Tilly 1975; Skocpol 1979) oder ein Netz internationaler kultureller Diffusionsströme (Inkeles/Sirowy 1983). Der neorealistische Stil der Argumentation verhindert jedoch, daß dem übergreifenden System ein eigenständiger kultureller Gehalt zugeschrieben wird, der die kollektiven Akteure nicht nur kanalisieren, sondern auch konstruieren und legitimieren würde. Eigener Gehalt soll nur in den Zwecken, Eigenschaften, Ressourcen und der Souveränität der organisationalen Akteure liegen, während die übergreifende Umwelt im Prinzip als kulturelles Vakuum vorgestellt wird – als eine Menge von Ressourcen, Gelegenheiten und Beschränkungen. Es wird bevorzugt mit ökologischen Modellen oder Modellen der Ressourcenabhängigkeit gearbeitet, in denen die äußere Umwelt aus wenig mehr als den Interaktions- und Konkurrenzbeziehun-

gen zwischen Staaten, Unternehmen, sozialen Bewegungen und ähnlichem besteht.

Diese Interaktionen werden üblicherweise als Tauschbeziehungen innerhalb einer durch Konkurrenz geprägten Ordnung begriffen. Organisationen oder Interessengruppen sehen sich einer Umwelt gegenüber, die Ressourcen zur Verfügung stellt und Kosten auferlegt. Sie handeln, indem sie – in Konkurrenz mit anderen Organisationen – in wirtschaftliche, politische, militärische oder kommunikative Tauschbeziehungen eintreten, die auch sehr einseitig sein können. Sofern der übergreifenden Umwelt überhaupt irgendein Gehalt zugesprochen wird, bleibt dieser auf ein Gut namens *Legitimität* beschränkt, das die Akteure untereinander austauschen können (siehe McCarthy/Zald 1977; Pfeffer/Salancik 1978; Tilly 1975). Die Inhalte, Zwecke, Strukturen und integrativen Fähigkeiten, die einem Akteur zugeschrieben werden, gelten so als Eigenschaften des Akteurs selbst und als weitgehend unabhängig von seinem größeren Umfeld. Manche Modelle arbeiten mit dem Konzept eines offenen Systems (für die Literatur über Organisationen siehe Scott 1981), dem zufolge die Interaktionen zwischen einem organisierten Akteur und seiner Umwelt hohe Komplexität erreichen und an vielen verschiedenen Grenzen zugleich stattfinden, aber die Grenzen als solche bleiben intakt – der Akteur als Einheit ist klar von der Umwelt unterschieden, in der er und andere handeln.

Die Hinwendung zu kollektiven Akteuren als den Triebkräften des sozialen Systems löst manche der Probleme von individualistischen Modellen, verschärft dafür aber andere. Selbst dann, wenn man viele Ebenen von Kollektiven einbezieht (von Individuen bis zu Nationalstaaten) und die Rationalitätsannahmen abschwächt, so daß auch politische und symbolische Darstellungen des Handelns einbezogen werden können, hat die Reduktion des sozialen Geschehens auf die Interaktion organisierter Kollektive mit ernstzunehmenden Schwierigkeiten zu kämpfen.

Erstens stellt sich die entscheidende Frage, wie die Existenz dieser Kollektive selbst zu erklären ist – woher sie kommen, wie sie wachsen, warum sie überleben. Die übliche Antwort innerhalb dieser Theorierichtung besagt, daß sie Aggregationen der Interessen und Fähigkeiten von Einheiten auf niedrigeren Ebenen seien

(manchmal mit der mehr oder weniger genauen Angabe der ökologischen Bedingungen oder Ressourcenabhängigkeiten). So soll zum Beispiel der Nationalstaat das Produkt der aggregierten Interessen und Konflikte von Klassen, militärischen Fraktionen und anderen sozialen Gruppen sein. Erfolgreich ist ein Kollektiv dann, wenn es in der konkurrenzhaft geordneten Umwelt effizient funktioniert. Der Einfluß der Umwelt beschränkt sich auf das Auferlegen unspezifischer Bedingungen wie der Begrenztheit der Ressourcen und des Vorhandenseins von Gelegenheiten und Nischen (Tilly 1975; Skocpol 1979).

Diese theoretische Richtung unterschätzt, in welchem Ausmaß organisationale Strukturen *durch die größere Umwelt nicht nur beeinflusst, sondern intern konstituiert werden*. Das größere Umfeld definiert, welche Typen organisationaler Akteure sozial möglich und welche inneren Strukturen für sie denkbar sind. Insofern sind Kollektive ebenso sehr die Verkörperung von kulturell verfügbaren oder vorgeschriebenen Formen wie die Aggregation von Einheiten und Interessen auf niedrigeren Ebenen (Meyer/Rowan 1977; DiMaggio/Powell 1983; Zucker 1983). Oder anders gesagt: Die Grenze zwischen Akteur und Umwelt ist nicht nur extrem fließend, sondern auch als solche extrem fragwürdig. In vielen Studien versuchen wir das an so verschiedenen großformatigen Strukturen wie modernen Staaten, Bildungssystemen, wohlfahrtsstaatlichen Systemen, sozialen Bewegungen und den Regeln des modernen Individualismus selbst aufzuzeigen.

Zweitens hat die Reifizierung kollektiver Akteure und die Konzentration auf ihre charakteristischen Eigenschaften und Verhaltensweisen zur Folge, daß ihre erstaunliche Gleichförmigkeit in der grundsätzlichen Anlage aus dem Blick gerät. Staatliche Bürokratien, Programme und Haushalte, Wahlen und Bürgerrechte; Berufs- und Interessengruppen und ihre Forderungen innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung; die formale Organisation von Schulen, Schulbesuch, Lehrerausbildung und Lernmethoden – all diese Institutionen sind auf der ganzen Welt weitgehend durchstandardisiert. Wären sie nur das Ergebnis konkurrierender Interessen und politischer Verhandlungen, dürfte es in diesen Bereichen längst nicht so viel Gleichförmigkeit zwischen verschiedenen nationalen Gesellschaften geben. Daß diese Gleichförmigkeit zu be-

obachten ist, liegt an der gemeinsamen institutionellen Umwelt, in der die Organisationen aller nationalen Gesellschaften dieser Welt sich bewegen. Gemeinsame Definitionen und Theorien der sozialen Organisation erzeugen strukturelle Ähnlichkeiten auch in sehr verschiedenartigen Gesellschaften.

Drittens geht die realistische Auffassung kollektiver Akteure davon aus, daß die Strukturen von Organisationen eng mit ihrem internen Aufbau und ihren Aktivitäten verknüpft sind. Es gibt jedoch überwältigende empirische Belege dafür, daß dies nicht der Fall ist. Die Organisationsforschung berichtet regelmäßig über extrem lose Kopplungen auf jeder Ebene – zwischen formalen und informalen Strukturen, zwischen verschiedenen strukturellen Bestandteilen, zwischen Struktur und Handlung sowie zwischen Programm und Wirklichkeit (z. B. Weick 1976; March/Olsen 1976). Untersuchungen über staatliches Handeln kommen zu dem Schluß, daß politische Programme in höchst zweifelhaftem Maß umgesetzt werden (Pressman/Wildavsky 1973; Bardach 1977; Berman/McLaughlin 1975-1978). Die Annahme, daß Kollektive das Produkt interner Kräfteverhältnisse sind, wird also empirisch widerlegt durch den schwachen Zusammenhang zwischen ihren offiziellen Strukturen und den Kräften, die sie angeblich hervorgebracht haben. Entsprechende Befunde liegen auch für die individuelle Ebene vor: Reales Handeln hat oft nur in undurchsichtiger Weise mit den verkündeten Zielen und Normen zu tun; das Wissen und die technische Kompetenz, über die Individuen gemäß den Annahmen der politischen und ökonomischen Theorie verfügen, sind regelmäßig nicht vorhanden; das Minimum an Konsistenz in Persönlichkeit und Handeln, das theoretisch als notwendig behauptet wird, sei es zu einem einzelnen Zeitpunkt oder über den Lebenslauf hinweg, wird empirisch nicht erreicht (Mischel 1971; Brim/Kagan 1983).

Die übliche Antwort auf diesen Einwand besagt, daß die Diskrepanzen zwischen Struktur und Handeln, oder Prinzipien und Verhalten, ihrerseits weitgehend gewollt seien. Wenn Staaten sich zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung verpflichten, so tun sie dies als Tarnmanöver, um »Legitimationsprobleme« gegenüber ihren verarmten Bürgern zu lösen. Schulsysteme werden unterhalten, um in den Massen ein falsches Bewußtsein zu erzeugen



und zu verhindern, daß sie den wahren Charakter des Systems durchschauen. Individuen verbergen ihre wahren Absichten und Werte, um auf diese Weise in Macht- und Prestigepositionen zu gelangen.

Auskünfte dieser Art sind in manchen Hinsichten informativ, aber sie werfen sofort die grundlegendere Frage auf: Woher kommen diese Legitimationsprobleme? Welche einflußreichen äußeren Kräfte machen es möglich und erforderlich, daß moderne Institutionen sich mit so weitreichenden, aber unrealistischen Ansprüchen schmücken? Welche Kräfte geben dem Bildungssystem oder der freien Wahl den Status legitimitätsstiftender Strukturen, in deren Schutz dann völlig anders geartete und widersprüchliche Handlungen ablaufen können? Was wird gewonnen, und woher, wenn Individuen oder Organisationen ihre zweifelhaften Motive und Kompetenzen in akzeptable äußere Formen kleiden? Soweit Fragen wie diese überhaupt gestellt werden, wird durch die Hintertür wieder der Kulturbegriff ins Spiel gebracht als unanalysierte Restkategorie von solcher Plastizität, daß jede Lücke in der Argumentation damit gefüllt werden kann.

### Kultur als institutionelle Regeln

Durch die Reifizierung sozialer Akteure – seien es individuelle oder kollektive – kehren also viele Theorien die großen Probleme unter den Teppich der »Kultur«, ohne sich zu fragen, aus wie vielen Flickern dieser Teppich zusammengesetzt ist und ob er nicht etwa völlig auseinanderfällt. In ihrem mehr oder weniger primitiven Verständnis bedeutet Kultur nicht mehr als eine Ansammlung anerkannter allgemeiner Werte (z. B. religiöser Moralität) und anerkannten technischen Wissens (z. B. wissenschaftlicher Regeln). Kultur kommt nur vor, insofern sie in der bewußten Struktur oder den bewußten Handlungsprogrammen von Akteuren auftaucht – in den Werten und dem Wissen von Individuen oder (wenn auch Kollektive als Akteure reifiziert werden) in den Werten und Technologien von Kollektiven. Kultur fungiert also nur als Einfluß auf den Zustand von Akteuren.

Im Unterschied dazu gehen wir von einem breiteren Kultur-

begriff aus, für den Kultur mehr ist als ein paar vage Vorstellungen über die moralische oder natürliche Umwelt der Gesellschaft. Kultur, wie wir sie verstehen, schließt die institutionellen Modelle der Gesellschaft selbst mit ein. Diese kulturellen Modelle bestimmen den gesellschaftlichen Rahmen, die als legitim geltenden Akteure und die Handlungsmuster, die zur Verfolgung kollektiver Ziele zur Verfügung stehen, und beziehen diese Elemente aufeinander. Theorien, die Kultur nur als eine Menge wertbezogener und technischer Regeln an der moralischen und natürlichen Grenze der Gesellschaft behandeln, machen sich blind dafür, daß die zentralen kulturellen Mythen der modernen Gesellschaft diejenigen sind, die den Sinn und Wert der Gesellschaft selbst und ihrer Bestandteile definieren. Eine Theorie, die dem gerecht werden will, darf nicht nur als Religionssoziologie oder Wissenschaftssoziologie auftreten, sondern muß eine Soziologie der Institutionen sein – der kulturellen Regeln der Gesellschaft selbst.

Kultur hat einerseits eine ontologische Seite, indem sie Akteuren und Handlungen, Mitteln und Zwecken Realität zuschreibt, und andererseits eine bedeutungsgebende Seite, indem sie Akteuren und Handlungen, Mitteln und Zwecken Sinn und Legitimität verleiht. Dem engen Kulturbegriff nach enthält etwa die amerikanische Kultur »Werte«, die Individuen dazu bringen, sich in allen möglichen Tauschbeziehungen durchsetzungs- und leistungsorientiert zu verhalten. Dagegen besteht dem breiten Kulturbegriff nach die amerikanische Kultur aus einem Satz wohletablierter Theorien, die individuellem Handeln in Form von Tauschbeziehungen Sinn und Realität, »Wert«, verleihen, indem sie es zum sichersten Weg zu Fortschritt und Gerechtigkeit erklären. Gleichzeitig bestreiten diese Regeln (meist implizit) den Sinn und die Realität alternativer Mittel, Zwecke, Akteure und Handlungen; in Amerika etwa in der Form, daß die Möglichkeit des Aufgehens von Individualität in Gemeinschaft ausgeschlossen wird. Der Einzelne ist sich dieser Theorien kognitiv wie normativ vielleicht nur unvollständig und mit situativ wechselnder Reichweite bewußt (Douglas 1966). Dennoch sind diese Theorien das Herz des sozialen Systems – Regelstrukturen wie die politischen und rechtlichen Definitionen von Eigentum, Vertrag, Verbänden und ähnlichem; die ökonomischen Definitionen von Arbeit, Produktion und Kon-

sum; und die im engeren Sinn sozialen Definitionen von Konstrukten wie Kindheit oder Selbst.

Dem engen Begriff nach handelt es sich bei Kultur um eine Menge von Ideen und Werten, die klar von materiellen Interessen und Handlungsweisen unterschieden sind. Aber ist das Eigentumsrecht wirtschaftlich (d. h. materialistisch) oder politisch und religiös (d. h. idealistisch)? Sind die Regeln, die Verbände vom Typ des Wirtschaftsunternehmens zu bilden erlauben, materialistisch oder idealistisch? Wie steht es mit den Lehren der Reformation, die Weber die *Protestantische Ethik* genannt hat? Die klare Unterscheidung zwischen Idealismus und Materialismus ist nur dann möglich, wenn die zugrundeliegende Sozialtheorie Akteuren (insbesondere Individuen) und ihren Motiven vorgängige soziale Realität zuschreibt. Von einem solchen engen, akteurzentrierten Verständnis aus geht es bei solchen Dingen um Ideen, die sich mehr oder weniger auf materielle Faktoren reduzieren lassen.

Im institutionalistischen Verständnis kollabiert jedoch diese polemische Unterscheidung. Die wirtschaftlichen und politischen Kräfte des Westens fungieren in einem sehr allgemeinen Sinn als Regelstrukturen, die unter anderem ein besonderes Gewicht auf die Legitimität des Individuums und individueller Zwecke legen. Dieser besondere Stellenwert des Individuums ist kulturell, nicht natürlich. In unseren Augen ist die westliche Kultur ein Regelsystem, das die Produktion und den Konsum von Dingen wie der elektrischen Zahnbürste zu einer Frage universellen Werts stilisiert (wie Lebensmittel und Benzin trägt sie zum Bsp bei) und überzeugende Gründe dafür anzugeben weiß, warum Individuen ein solches Gerät produzieren und konsumieren sollten (mit Blick auf Gesundheit, Hygiene, Ästhetik oder soziale Beziehungen), wodurch gleichzeitig das Individuum akzentuiert und aufgewertet wird. Bei Kultur geht es also nicht nur um *allgemeine Werte* und Wissen, die Vorlieben und Entscheidungen beeinflussen, sondern vielmehr definiert die Kultur den *ontologischen Wert* von Akteuren und Handlungen.

Sowohl soziale Akteure als auch die von ihnen gepflegten Handlungsweisen setzen eine institutionelle Verankerung voraus. In den verschiedenen Typen von Akteuren – in Selbst- und Fremdwahrnehmung – und ihren spezifischen Tätigkeitsformen manifestieren

sich höchst allgemeine und weitreichende institutionalisierte Regeln. In diesem Sinn ist soziale Realität – was sowohl soziale Einheiten als auch sozial strukturiertes Handeln einschließt – »sozial konstruiert« (Berger/Luckmann 1966). Als Folge dieser institutionellen Regeln, die in den rechtlichen, sozialwissenschaftlichen, gewohnheitsmäßigen, sprachlichen, epistemologischen und sonstigen »kulturellen« Grundlagen der Gesellschaft verkörpert sind, besteht zwischen Akteur und Handlung eher eine sozial tautologische denn eine kausale Beziehung. Akteure inszenieren ebenso sehr, wie sie handeln. Die Handlungen von Akteuren sind in der sozialen Definition des Akteurs selbst schon enthalten. Es gilt also, daß Regeln über die Konstitution von Akteuren auch Handlungstypen legitimieren, ebenso wie legitimierte Handlungen soziale Akteure konstituieren und formen. So hat zum Beispiel der Wandel im westlichen Bild des Arbeiters Folgen für die Regeln und Organisationsformen von Arbeit. Umgekehrt sind die politischen und wirtschaftlichen Regeln, die die Lohnarbeiter als eine ihre eigenen Interessen vertretende Klasse definieren, eine Folge der Vorstellungen über den kollektiven Wert von Arbeit; der Wandel der Arbeiterklasse verläuft parallel zum Wandel der legitimierten Regeln über den Wert der Arbeit. In derselben Weise steigert die Ausweitung des Warenspektrums, das Menschen anerkanntermaßen konsumieren können, die Komplexität des Individuums und versieht es mit neuen Motiven und manchmal auch Rechten; und umgekehrt weitet die Erfindung neuer Aspekte der Persönlichkeit das Spektrum der legitimerweise konsumierbaren Waren aus. Zum Beispiel führt das Aufkommen von Theorien über das Selbstwertgefühl zu persönlichen Selbstverwirklichungs- und Selbsterfüllungsprojekten und entsprechendem Rechten, und diese erzeugen wiederum ein Angebot an organisationalen Programmen und Waren, die solche Ziele zu erreichen versprechen. Umgekehrt tragen Waren wie das Automobil, das Fernsehen, der PC, ein Shampoo, das auf die »individuellen Bedürfnisse Ihres Haars« abgestimmt ist, oder ein Tennisschläger aus einem Material und mit einer Spannung, die die individuellen Schwächen ausgleichen, zur Ausweitung der legitimierten Sphäre des Selbst und der subtilen Nuancen seiner Verwirklichung bei. Dieselben reziproken, tautologischen Prozesse treten auch auf der Ebene von Organisationen

auf. Die Definition und der Stellenwert der modernen Organisation sind konstitutiv verbunden mit legitimierten und für notwendig gehaltenen Tätigkeitsbereichen. Daher müssen etwa Umweltschutzinteressen, ausgeweitete Vorstellungen von den Rechten der Arbeiter oder ausgefeiltere Vorstellungen von der Funktionsweise der Wirtschaft in die Struktur und den Handlungsradius von Organisationen einbezogen werden. So führt zum Beispiel das neue Recht auf saubere Luft zum Wachstum von Organisationen, die dieses Recht handhabbar machen.

Aus diesem Grund ist die verbreitete Vorstellung, daß der Akteur die Handlung ausführe, nur die halbe Wahrheit – auf institutioneller Ebene bringt ebenso die Handlung den Akteur hervor. Nicht nur erzeugt die Institutionalisierung bestimmter Organisationsformen wie der Unternehmen rationalisierte Ziele und zielorientiertes Handeln, sondern ebenso erzeugt die Institutionalisierung rationalisierter Ziele und Handlungen Modelle, aus denen Organisationen ihre Identität und Struktur beziehen. Dasselbe gilt für Individuen, Staaten und andere soziale Einheiten.

Das heißt jedoch nicht, daß die Gesellschaft aus permanenten Verhandlungs-, Kommunikations- und Verständigungsprozessen besteht, wie es etwa der symbolische Interaktionismus und sozialpsychologische Varianten der Phänomenologie behaupten. Diese Theorien vertreten zwar eine institutionalistische Sicht auf soziales Verhalten; aber für sie liegen die Bedeutungs- und Regelsysteme, durch die Akteure und Handlungen konstruiert werden, auf derselben Ebene wie die Akteure, die durch sie beeinflusst werden. Das lokale Zusammenspiel von Interaktion und Bedeutung, in dem Akteure (in diesen Theorien normalerweise Menschen) durch Spiegelungs- und Feedbackprozesse fortlaufend entdecken und neu konstruieren, wer sie sind, läßt keinen Platz für eine Ebene der Realität, die der phänomenologischen Situation selbst extern wäre. Diese Theorietradition ist daher blind für die gewaltige Macht von externen institutionalisierten Realitätsdefinitionen. Das Individuum entwickelt zwar vielleicht bestimmte Einzelheiten seiner Identität (z. B. eine gewisse Aggressivität als Kompensation eines vermeintlichen ansozialisierten Mangels an Durchsetzungsvermögen) oder bestimmte Nuancen seines Sinnverständnisses in der Weise, wie es von dieser Tradition beschrieben wird; aber jedes In-

dividuum weiß, ohne daß dafür irgendeine Verhandlung erforderlich wäre, daß es Individuen gibt, daß sie in Gruppen unterteilt sind, daß man am Arbeitsplatz rational handeln muß und daß ein anständiger Pilot im Cockpit kein Kokain schnupft.

Eine konsequent institutionalistische Analyse zeigt daher die starke Verankerung der kognitiven und moralischen Rahmung von Handeln auf allen Ebenen in übergreifenden institutionellen Definitionen (auf Gesellschafts- und auf Weltebene) auf, die in der modernen *world polity* ebenso wie in einem Großteil der westlichen Geschichte bestanden hat. Akteure und Handlungen werden durch die Brille universalistischer Regeln wahrgenommen. So läuft etwa die Interaktion der Käufer und Verkäufer in einem Supermarkt unter der Ägide höchst allgemeiner historischer Regeln ab, die die Wirtschaft und ihre Teilnehmer legitimieren und konstruieren: das Eigentumsrecht, die Vorstellung des kollektiven Nutzens durch freien Tausch, das Prinzip des selbstbestimmten Konsums, das Prinzip des unpersönlichen Tauschs, und so weiter und so fort. Diese Regeln lassen sich nicht leicht beobachten und können im normalen Gang der Dinge völlig unsichtbar bleiben, aber trotzdem wäre etwas so Konkretes und Materielles wie ein Supermarkt ohne sie absolut undenkbar.

#### Rationalisierung und die Konstruktion sozialer Einheiten

Zu den zentralen Aufgaben der institutionalistischen Theorie gehört es, den Inhalt und inneren Zusammenhang der westlichen, jetzt weltweiten, institutionellen Ordnung zu beschreiben und deren Ursprung und Entwicklungsdynamik zu analysieren. Damit schließen wir in zentraler Hinsicht an die Webersche Tradition und insbesondere an den Begriff der Rationalisierung an. Von Weberschülern ist viel über die begrifflichen und historischen Nuancen verschiedener Rationalitätstypen geschrieben worden (z. B. Schluchter 1980; Roth/Schluchter 1979; Kalberg 1980). Auf diese Nuancen und Typologien gehen wir jedoch nicht ein. Statt dessen benützen wir eine Arbeitsdefinition von Rationalisierung und bewegen uns dann vom abstrakten Begriff zu konkreten empirischen

Vorkommissen und Variablen, in denen sich Rationalisierungsprozesse ausdrücken. Kurz gesagt bezieht sich der Begriff *Rationalisierung* in unserem Verständnis allgemein auf zweckgerichtete oder instrumentelle Rationalisierung: auf die Strukturierung des täglichen Lebens entlang von standardisierten, unpersönlichen Regeln, die die soziale Ordnung auf kollektive Zwecke hin ausrichten. Im Zuge von Rationalisierungsprozessen konstituiert sich Autorität ausdrücklich als formale und zunehmend bürokratisierte Rechtsordnung; Tauschprozesse richten sich an Regeln der rationalen Kalkulation und Buchführung sowie an Regeln zur Konstitution von Märkten aus und beinhalten weitergehende Prozesse wie Monetarisierung, Kommerzialisierung und bürokratische Planung; kulturelle Erklärungsmodelle zerlegen die Gesellschaft in immer kleinere rationale Einheiten – Individuen, aber inzwischen auch Gene und Quarks.

Die Instrumentalität und Zweckgerichtetheit der westlichen Rationalisierung führt dazu, daß die Gesellschaft als Mittel zu kollektiven Zwecken konstituiert wird. In diesem Sinn ist die westliche, und jetzt weltweite, Gesellschaft ein rationales Projekt zur Herstellung von Fortschritt und Gerechtigkeit – für den traditionellen Westen das Milleniumsprojekt. Indem wir dieses Merkmal der *world polity* als Projekt bezeichnen, schließen wir an den Begriffsgebrauch der Wissenssoziologie an. Man kann denselben Sachverhalt auch mit dem Begriff des Staates zum Ausdruck bringen und muß dann allerdings die breite Bedeutung von Staat *als Projekt* von seiner engen Bedeutung als bürokratisierter Staatsapparat unterscheiden (Thomas/Meyer 1984); dieser Gebrauch des Staatsbegriffs ist aus historischen Gründen im Französischen oder im Deutschen verbreiteter als im Englischen.

Institutionalistische Analysen beruhen auf zwei zentralen Thesen. Erstens: Die Rationalisierung sozialen Handelns geschieht in Wechselwirkung mit der sozialen Konstruktion der Akteure, denen in der Gesellschaft ontologischer Status zugeschrieben wird. Zweitens: Die institutionellen Regeln, die diese Rationalisierung und Sozialontologie betreiben, liegen auf einer sehr allgemeinen (jetzt oft globalen) Ebene und nicht nur auf der Ebene lokaler Aus handlungsprozesse.

### *Die Entstehung sozialer Einheiten im Rationalisierungsprozeß*

Rationalisierung bedeutet die Umstrukturierung von Handlung im Blick auf kollektive Mittel und Zwecke. Ganz allgemein umfassen die Mittel die technische Entwicklung und die Ausdehnung von Tauschprozessen; die Zwecke bestehen in den zwei tragenden Säulen des westlichen Denkens, Fortschritt und Gerechtigkeit (letztere meist in irgendeinem Sinn als Gleichheit definiert). Rationalisierung durch die Verfeinerung von Zweck-Mittel-Ketten macht die Angabe der Einheiten am Ende der Kausalkette erforderlich: Gleichheit etwa kann nicht erreicht werden ohne eine genaue einheitliche Definition derjenigen Einheiten, die gleich sein sollen. Rationalisierung mit dem Ziel der Gleichheit erzwingt daher eine schärfere Vorstellung vom Individuum sowie ein Abstecken der Dimensionen, in denen Gleichheit erreicht werden soll – mit dem Ergebnis der Idee der Menschenrechte und der Idee der individuellen Persönlichkeit. Je weiter die Rationalisierung vorangetrieben wird, desto mehr muß das Individuum aufgewertet und ausgeweitet werden. In derselben Weise erfordern auch die in bezug auf Fortschritt und Profit propagierten Lehrsätze und Maßzahlen die Bildung scharf abgegrenzter Einheiten: in diesem Fall von Individuen, Unternehmen und Staaten.

Webers Behauptung, daß die westliche Rationalisierung zum Teil durch die starke ontologische Stellung des Individuums hervorgebracht worden sei, ist daher nur die eine Hälfte der Wahrheit. In unserem Verständnis, und auch in der stärker institutionalistischen Version von Webers Theorie (Collins 1980), ist das Individuum ein institutioneller Mythos, der sich aus den rationalisierten Theorien wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Handelns heraus entwickelt hat.

Dieser Mythos bringt Menschen dazu, sich selbst als Individuen zu präsentieren – wenn auch im Modus der losen Kopplung –, und manchmal gelingt ihnen dies in durchaus überzeugender Weise. Dies steht in scharfem Gegensatz zu gesellschaftlichen Systemen, in denen die Menschen eng in korporative Identitäten (etwa entlang von Alter, Geschlecht, Familie, Gemeinschaft oder Beruf) eingebunden sind, was vielen Forschern aufgefallen ist. Moderne »In-

dividuen« bekennen sich zu der institutionalisierten Auffassung, daß sie über verbrieft politische Rechte, Wirksamkeit und Kompetenzen verfügen; sie sind davon überzeugt, daß sie selbständig über ihren Beruf, ihre Investitionen und ihren Güterkonsum entscheiden; sie äußern bereitwillig ein breites Spektrum kultureller Urteile und haben kein Problem damit, Fragebögen zu ihren Ansichten über Politik, Wirtschaft oder auch über die genauen Eigenschaften Gottes, inklusive seiner Existenz, auszufüllen. Gestützt auf die Möglichkeiten und Anreize des modernen Systems nehmen sie an den verschiedensten politischen und kulturellen Ereignissen teil – und können *ex post facto* mit größter Genauigkeit erklären, daß und wie sie ihre Handlungen als die für ihre Zwecke am besten geeigneten ausgewählt haben. Diese Inszenierung der institutionalisierten Theorie rationalen Verhaltens wird nur selten gestört durch die internen Inkonsistenzen und Widersprüche, die menschliches Handeln typischerweise auszeichnen. Im Gegenteil kann gerade der Umstand, daß der Status des rationalen Akteurs eine kulturell geforderte Haltung ist, viele der einzelnen auftretenden Widersprüche erklären.

Neben dem Individuum werden im Zuge des institutionalisierten Rationalisierungsprojekts noch eine Reihe anderer sozialer Einheiten erzeugt. Die Rationalisierung mit dem Ziel Fortschritt bringt mehrere verschiedene Arten von Einheiten hervor. Zunächst kann Fortschritt nicht erreicht und nicht einmal angestrebt werden ohne die Angabe der Grenzen, innerhalb derer es einen Fortschritt geben soll; daher wird der Nationalstaat als diejenige Einheit reifiziert, innerhalb derer das BSP oder die Lebenserwartung oder die Buchproduktion gemessen wird. Je besser die Fortschrittsidee ausgearbeitet ist, desto stärker wird der Nationalstaat reifiziert (was unter anderem mit stärkeren grenzerhaltenden Aktivitäten in bezug auf die Regeln, die die nationale Einheit definieren, einhergeht). In ähnlicher Weise führt die rationale Analyse der Mittel, mit deren Hilfe Fortschritt erreicht werden soll, zur Reifizierung der produktiven Einheiten, die für die Entwicklung von Technik und Tauschprozessen vonnöten sind – Arbeit, Berufsrollen, Professionen und Unternehmen erfahren dadurch eine Aufwertung. Die Stärkung und Verfeinerung der kulturellen Regeln und Definitionen in bezug auf Fortschritt bedeutet die Ermächti-

gung der daran beteiligten individuellen und kollektiven Akteure. So tauchen zum Beispiel Gruppen, die sich rund um die Begriffe Arbeit und Kapital organisieren, auch in solchen Gesellschaften auf, in denen faktisch weder von dem einen noch von dem anderen viel zu bemerken ist.

### *Die Universalität institutioneller Regeln*

Die Institutionen, die die modernen sozialen Einheiten und ihre rationalisierten Handlungen konstruieren und ihnen Bedeutung verleihen, sind breiter und universeller als jeder einzelne von ihnen konstituierte Zusammenhang. Dies kann man in zwei eng miteinander verbundenen Richtungen verstehen. Erstens verkörpern diese Institutionen hoch universelle Ansprüche, die mit Naturgesetzen und moralischen Gesetzen in Verbindung gebracht werden. Handeln im Bereich von Wirtschaft, Bildung und Politik wird daher stets mit Hilfe von sehr allgemeinen Behauptungen über Fortschritt, Gerechtigkeit und die natürliche Ordnung legitimiert. Alle besonderen Konflikte oder Ansprüche werden unter Berufung auf allgemeine kulturelle Prinzipien formuliert, die im Prinzip überall, klassen- und gesellschaftsübergreifend anwendbar sind. Zum Beispiel nimmt man an, daß allgemeine Prinzipien der Menschenrechte oder des Wirtschaftswachstums in jeder modernen oder sich modernisierenden Gesellschaft gelten. Die Variationen, die in verschiedenen lokalen Verhältnissen trotzdem vorkommen, sind begrenzt und bewegen sich im Rahmen des allgemeinen kulturellen Rahmens. Zum Beispiel pflegen Lehrer unterschiedliche Unterrichtsstile, Unternehmen unterschiedliche Managementmethoden und staatliche Regime unterschiedliche ideologische Standpunkte – aber alles innerhalb der konstitutiven Festlegung dessen, was ein Lehrer, ein Wirtschaftsunternehmen oder ein Nationalstaat überhaupt ist.

« Zweitens sind die konkreten institutionellen Ziele und Definitionen in der Praxis fast überall auffallend ähnlich. Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern oder Regionen sind auf unterschiedliche Schwerpunktsetzungen oder unterschiedliche Interpretationen allgemeinerer institutioneller Regeln zurückzuführen.

Zum Beispiel ist die sozialistische Auffassung von Gerechtigkeit, Fortschritt und Technik ihrem kapitalistischen Gegenstück bemerkenswert ähnlich – wenn auch etwas stärker an Gleichheit als an Freiheit orientiert und stärker korporativ über den bürokratischen Staat organisiert. Unabhängig von diesen Unterschieden werden in kapitalistischen und sozialistischen Staaten recht ähnliche Ziele mit recht ähnlichen Mitteln verfolgt, bis hin zu den Einzelheiten bestimmter Industrien oder von wohlfahrtsstaatlichem und bildungsmäßigem Fortschritt.

Diese große Gleichförmigkeit institutioneller Strukturen legt eine bestimmte Strategie der theoretischen Analyse nahe: Man muß diese Institutionen in ihrer ganzen Diversität nicht nur als von unten, aus der menschlichen Erfahrung in bestimmten lokalen Verhältnissen heraus entstanden denken, sondern als von oben, *von einer herrschenden universalistischen historischen Kultur abgeleitet*. Die verschiedenen Variationen dieses allgemeinen Themas kann man dann interpretieren als Ergebnis der unterschiedlichen Durchdringung mit und historischen Synthese von verschiedenen (und manchmal widersprüchlichen) Elementen dieser Kultur.

Die Institutionen des Westens leiten sich mindestens ebenso sehr von der westlichen Religion und Kirche ab, wie sie aus den Strategien untergeordneter Einheiten hervorgegangen sind (Anderson 1976; Strayer 1970). Ihr allgemeines Prinzip ist direkt aus der christlichen Kirche und dem unsichtbaren, gedachten »Reich Gottes« heraus entstanden, das die irdische Kirchenorganisation auf unvollkommene Weise repräsentieren sollte. Wir gehen daher kurz auf die Struktur dieser Kirche in der frühmodernen Zeit (etwa um 1500) ein.

Erstens war die Kirche eine transnationale Einrichtung. Sie war eine einheitliche Symbolstruktur, die eine Vielzahl von Kulturen und Völkern – von »Nationen« im alten Sinn – in sich faßte. Als solche bot sie einen Bezugsrahmen für die westliche Welt – natürlich keinen völlig einheitlichen, aber im wörtlichen wie im symbolischen Sinn gab es eine gemeinsame Sprache, die das kulturelle Feld beherrschte. Zweitens hatte die Kirche den universalistischen Auftrag, der ganzen Menschheit »den Weg, die Wahrheit und das Leben« zu bringen, ohne Grenzen dieses Vorhabens anzuerkennen. Ihre unablässigen Bekehrungsbemühungen waren höchst erfolg-

reich, und einen beträchtlichen Teil ihrer Erfolge erzielte sie mit der »Macht des Wortes«, vor allem in der vormodernen Zeit. Aber das Entscheidende in unserem Zusammenhang ist, daß die Ausbreitung des Christentums die Ausbreitung der universalistischen Ideologie als solcher bedeutete – es wurde üblich und geradezu natürlich, Theorien und Ideologien mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit und allumfassende Reichweite aufzustellen.

Drittens lieferte die Kirche als Symbolsystem die grundlegende ontologische Struktur des Westens. Sie bestand im Kern aus einer Reihe institutioneller Definitionen – Definitionen der transzendentalen Realität (Gott, Christus, Heiliger Geist), der Menschheit (Gottes Schöpfung/Kinder), der menschlichen Natur (voll Sünde, aber auch voll Schaffenskraft), der irdischen Existenz und ihres letzten Zwecks (der Ehre Gottes). Diese Definitionen stellten die letztgültige Quelle aller Autorität dar: *Das, was es gibt*, konnte nur im Kontext der kirchlichen Symbolstruktur bestimmt werden. Die Kirche lieferte aber auch Richtlinien für praktisches Handeln: Sie war kein abgehobener theologischer Elfenbeinturm, sondern durchdrang jede Faser des sozialen Gewebes.

Dies war also die alles überwölbende Kathedrale, in deren Rahmen sich das moderne kulturelle System entwickelte: eine gemeinsame, hochlegitime, grenzenlose Ordnung, in der die letzte Autorität im Gipfelpunkt des Gewölbes angesiedelt war (Gott) und an Menschen als untergeordnete Wesen weitergegeben werden konnte (Päpste und Priester, Könige und Adlige), mit einer eigenen Auffassung von sozialer Ontologie, Akteuren und der Beziehung zwischen Handlung, Natur und dem Absoluten.

Mit dem Übergang des Westens vom feudalen Agrarsystem zur staatsgelenkten technisch-ökonomischen Fortschrittsideologie wandelte sich der Inhalt des übergreifenden Rahmens, aber Autorität und Realitätsdefinitionen blieben auf der höchsten Ebene angesiedelt, die alle in ihr enthaltenen sozialen Einheiten (einschließlich des Nationalstaats) transzendiert. In zahlreichen Untersuchungen wird im einzelnen nachgezeichnet, wie aus dieser Struktur die charakteristischen Merkmale des modernen institutionellen Rahmens hervorgegangen sind. Zum Beispiel verfolgt Bendix (1978) die Entstehung der institutionellen Vorstellungen von staatlicher Souveränität aus dem römischen Recht und den

Lehren der Kirche und beschreibt sie als einen rechtlichen und ideologischen Prozeß, der für ganz Europa prägend gewesen sei. Man darf sich daher nicht irreführen lassen von der Behauptung, daß die modernen Autoritätsstrukturen nicht mehr »religiös«, sondern »säkular« seien. Autoritätsstrukturen definieren das Heilige und setzen es in Beziehung zum Profanen. Ob die letzte Quelle des Heiligen dabei in transzendenten Gottheiten (Jehowah, Gott, Allah) oder in transzendenten Begriffen (Gleichheit, Freiheit, Rechte) liegt, ist irrelevant, da das Heilige im soziologischen Sinn immer religiös ist. Die »säkularen« Inhalte der ontologischen Strukturen der *world polity* sind daher nicht weniger religiös, als es die Inhalte der christlichen Kirche waren (siehe Ellul 1973; Wuthnow 1980b).

Es ist also theoretisch fruchtbar, die sozialen Strukturen in modernen Gesellschaften nicht als das Ergebnis des Zusammenwirkens lokaler Interaktionsmuster zu betrachten, sondern als ideologische Gebäude aus institutionalisierten Bausteinen, die ihre Autorität aus noch universelleren Regeln und Vorstellungen beziehen. Diese Einsicht bringt Licht in das Auseinanderfallen zwischen Sozialstruktur und tatsächlichen Handlungs- und Interaktionsmustern, das das tägliche Brot eines Großteils der soziologischen Forschung ausmacht. Die formalen Strukturen der Gesellschaft, von der Definition des Individuums bis zu den formalen und inhaltlichen Merkmalen von Organisationen wie Schulen, Unternehmen, sozialen Bewegungen und Staaten, entstehen durch Ableitung aus oder Anpassung an äußerst allgemeine Regeln mit oft weltweitem Einfluß und Geltungsbereich.

### Kulturelle Zurechnung

Man kann *Institutionen* als *kulturelle Zurechnungen* (*cultural accounts*<sup>1</sup>) beschreiben, unter deren Autorität Handlungen ausgeführt werden und soziale Einheiten ihren Stellenwert beanspru-

<sup>1</sup> A. d. Ü.: Der englische Begriff *account* hat eine Reihe von Bedeutungen, von Bericht oder Erklärung über Rechnung bis hin zu Konto oder Geschäftsbuch. Er wird in der Übersetzung mit »Zurechnung« oder »Zurechnungssystem« wiedergegeben. Der Anklang an den Komplex der Buchführung und Rechnungsführung (durchaus im Sinne Max Webers) bleibt dabei nur rudimentär erhalten.

chen. Der Begriff der *Zurechnung* hat hier eine doppelte Bedeutung. Institutionen sind einerseits Beschreibungen der Realität, Erklärungen dessen, was es gibt oder nicht gibt, was denkbar oder undenkbar ist. Insofern sind sie Zurechnungen, die erkennbar machen, wie die soziale Welt funktioniert, und die das Auffinden von Ordnung in einer unordentlichen Welt ermöglichen. Andererseits sind Institutionen im westlichen Rationalisierungsprozeß aber auch strukturierte Buchführungssysteme, mit deren Hilfe sich feststellen läßt, wie soziale Einheiten und ihre Handlungen Wert anhäufen (im monetären, wissenschaftlichen, moralischen, historischen oder sonstigen Sinn) und fortlaufend die Entwicklung zu Fortschritt und Gerechtigkeit vorantreiben. Die Bedeutung des Individuums, des Unternehmens oder des Staates in der Kultur des Westens ist zu einem Großteil in den Vorschriften darüber enthalten, wie durch rationales Handeln immer größere Wertmengen erzeugt werden können, die als die obersten Ziele des menschlichen Projekts gelten. Daraus erklärt sich der enorme Umfang finanzieller und bürokratischer Aufzeichnungen (Buchführung), den die moderne Gesellschaft hervorgebracht hat.

Das Zurechnungssystem der westlichen Kultur ist einmalig und hat einen gesellschaftlichen Wandel von ungeheurer Reichweite und Durchschlagskraft zur Folge gehabt. Was sind die zentralen Merkmale dieses Systems?

Erstens wird der Kosmos außerhalb der menschlichen Gesellschaft ungewöhnlich stark vereinfacht und abstrahiert (Bellah 1964). Gleichzeitig wird die moralische Autorität in einem einzigen Hochgott zusammengefaßt, der in einheitlicher und universalistischer Weise gebietet. Die Eigenschaften dieses einzigen Gottes werden im Laufe der Zeit immer genauer ausgearbeitet; insbesondere werden sie immer universeller, abstrakter und strenger von menschlichem Handeln getrennt. Der Gott ist allgegenwärtig und untätig (und damit in gewisser Weise tot). Andere spirituelle Einheiten samt ihren Möglichkeiten des direkten Eingriffs in Gesellschaft und Natur sind nicht mehr vorgesehen (Webers »Entzauberung der Welt«). In ähnlicher Weise wird auch die Natur vereinheitlicht und universalisiert, indem sie als objektiv, gesetzmäßig und nach erkennbaren, unveränderlichen Prinzipien aufgebaut gilt. Auch die Natur wird von der menschlichen Gesellschaft getrennt

und ist nun etwas Unabhängiges und Ausbeutbares. Der Kosmos ist radikal dualistisch. Moralische Gesetze und Naturgesetze hängen nicht direkt miteinander zusammen, weder durch vielfältige geistig-spirituelle Eingriffe in die Natur noch durch die Unterwerfung der geistig-spirituellen Welt unter natürliche Vorgänge. Man vergleiche dies mit den Verhältnissen im balinesischen Theaterstaat, die Geertz (1980) beschrieben hat: Dort sind politische Unternehmungen oftmals mit einem komplexen und tätigen Kosmos verbunden, soziale und wirtschaftliche Unternehmungen oftmals mit einer komplexen und belebten physischen Welt; und die Verbindung zwischen beiden kommt nicht nur durch menschliches Handeln zustande, sondern auch und vor allem unabhängig von diesem.

Zweitens wird der Zusammenhang zwischen moralischer Verantwortung und Natur durch die Gesellschaft hergestellt. Menschen und menschliche Gesellschaften haben Wert und Verantwortung in ihrer Eigenschaft als moralische Projekte innerhalb der Natur. Sie können durch ihr Handeln in der natürlichen Welt Fortschritt erzielen, und sie können auch daran scheitern. Daher ist zweckgerichtete, rationale Organisation in großem Maßstab möglich, nötig und hochlegitim; die Entwicklung vom frühen Mönchtum zur universellen Kirche und die Entwicklung vom entstehenden mittelalterlichen Staat zum modernen Wohlfahrtsstaat stellen Beispiele dafür dar (Coleman 1982). Ebenso können auch Individuen als rationale, zweckgerichtete Akteure organisiert sein. All dieses fortschrittsorientierte Handeln steht im Kontext eines universalistischen kulturellen Rahmens, und der dabei erreichte Erfolg läßt sich mit Hilfe allgemeiner Wertmaßstäbe messen (die zunehmend in monetären Größen ausgedrückt werden, wie etwa das BSP).

Drittens haben menschliche Individuen einen besonderen moralischen Status. Die menschliche Seele oder Persönlichkeit steht in direkter Verbindung mit der obersten moralischen Autorität. Die Beziehung zwischen dem Individuum und dem moralischen und natürlichen Kosmos kann durch soziale Strukturen vermittelt sein, aber dann müssen diese Strukturen kulturelle Zurechnungen enthalten, die erklären, wie individuelles Handeln moralischen Wert hervorbringen kann. Die menschliche Gesellschaft kann und muß

in der westlichen Kultur nach dem Kriterium der Gerechtigkeit beurteilt werden – einem Kriterium, das, wenn es auf die Idee der Gleichheit reduziert wird, ohne die Reifizierung des Individuums kaum definiert und operationalisiert werden kann. Gerechtigkeit hat daher, ebenso wie Fortschritt, sowohl mit moralischer Verantwortung als auch mit Natur zu tun. Gerechtigkeit ist eine kulturell konstituierte Perspektive auf die individuellen Teilnahmekancen in der Gesellschaft (Arbeit, Wahlen, Konsum von Populärkultur) und auf die Verteilung geschätzter natürlicher Güter (Einkommen, Lebensstandard, Besitz von Dingen).

Diese kulturellen Besonderheiten werden seit langem als charakteristische Merkmale des Westens diskutiert. Allerdings neigen viele Theoretiker dazu, sie für teleologisch zu halten und die Geschichte des Westens als eine Art notwendige Entfaltung dieser Merkmale zu beschreiben. Die teleologische Sichtweise gehört jedoch in das westliche System selbst und darf vom Theoretiker nicht übernommen werden: Die institutionellen Modelle des Westens haben funktionalen Charakter, und die Aufgabe der Forschung ist es, sie zu analysieren, statt sie sich zu eigen zu machen. Es ist höchst fruchtbar zu untersuchen, welche Rolle diese Merkmale bei der Entwicklung der modernen sozialen Ordnung gespielt haben – beim Aufkommen des Staatensystems, bei der Etablierung des privaten und öffentlichen Eigentums, beim Übergang vom Absolutismus zum Parlamentarismus oder bei der Entwicklung des Fernhandels. Alle diese Entwicklungen verkörpern kulturelle Zwecke.

Umgekehrt hat aber auch die soziale Ordnung, die durch das frühe Zurechnungssystem der westlichen Kultur hervorgebracht wurde, die ursprünglichen Formulierungen der kulturellen Modelle erweitert und verändert. Zum Beispiel haben der massive Ausbau des Staates als rationales Projekts sowie das Wachstum des Tauschs und der rationalisierten Produktion dazu beigetragen, das kulturelle Zurechnungssystem beträchtlich auszuweiten und zu säkularisieren: Heute geht fast auf der ganzen Welt eine erstaunliche Vielzahl von Tätigkeiten und Gütern, bis hin zu soziologischen Forschungen und Tagungen, in die kulturelle Berechnung des Fortschritts (BSP) ein. Auch der Begriff der Gerechtigkeit deckt heute ein sehr breites Spektrum von Menschenrechten ab,



die sich nicht mehr nur auf das traditionelle Feld der bürgerlichen und politischen Rechte beziehen, sondern höchst umfassende Ansprüche in bezug auf materiellen Konsum, kulturelle Teilnahmemöglichkeiten und Schutz vor Diskriminierung geltend machen (Marshall 1948; Bendix 1964).

Der von uns vertretene Ansatz der soziologischen Theorie hat als eines seiner zentralen Interessen die Frage, welche Auswirkungen das Zurechnungssystem der westlichen Kultur auf die Organisation des Sozialen hat. Dabei vertreten wir – kurz zusammengefaßt – die folgenden grundlegenden Thesen. Erstens führt die Rationalisierung zusammen mit dem radikalen Dualismus des Westens dazu, daß eine beträchtliche Zahl von legitimierten und als zweckorientiert und rational reifizierten Akteuren entsteht – Individuen, Verbände, Klassen, Organisationen, Ethnien, Nationalstaaten. Die chronische Neigung der soziologischen Theorie, Handlungen als Entscheidungen zweckgerichteter rationaler Akteure zu betrachten, ist fest verwurzelt in der kulturellen Vorstellung vom Menschen als Agenten der souveränen moralischen Autorität oder als selbst moralisch souverän. Wir dürfen uns diese selbstverständliche und unhinterfragte Annahme nicht zu eigen machen, wenn wir den Funktionalismus der westlichen Kultur untersuchen wollen; sonst werden wir in unserem theoretischen Denken allzu leicht von ihr beherrscht werden. Zweitens verfügen kollektive Akteure über mehr Legitimität und Autorität, wenn sie auf der Grundlage einer Theorie individueller Mitgliedschaft und Tätigkeit gebildet werden, wie der Nationalstaat oder das rationalisierte Unternehmen. Andere Arten von Akteuren, die stärker gemeinschaftlich strukturiert sind und das Individuum im Kollektiv aufgehen lassen, besitzen weniger Autorität. Drittens gewinnen Einheiten, die eng mit den Theorien der Gerechtigkeit und des Fortschritts verwoben sind, einen besonders hohen und ausgezeichneten Stellenwert – das Individuum und der Nationalstaat sind die realsten von allen (die einzigen Gewißheiten sind, daß man sterben und Steuern zahlen muß), wobei der Schwerpunkt in verschiedenen Gesellschaften mehr beim einen oder mehr beim anderen liegen kann.

Viertens sind die vorherrschenden Formen von Organisation, einschließlich der Struktur und der Grenzen kollektiven Han-

delns, wegen ihrer Abgeleitetheit von der universalistischen kulturellen Ideologie in verschiedenen Gesellschaften weitgehend standardisiert. Es gibt nur einen lockeren Zusammenhang zwischen den formalen Organisationsformen und den praktischen Bedürfnissen und Zielen in den jeweiligen lokalen Verhältnissen. So gesehen sind die westlichen organisationalen Strukturen eher rituelle Inszenierungen allgemeiner kultureller Vorschriften denn rationale Reaktionen auf konkrete Probleme, wie es von den kulturellen Theorien behauptet wird. Jede komplexe Gesellschaft ist dazu bestimmt, eine beträchtliche Entkopplung zwischen rituellen Formen und praktischen Angelegenheiten auszubilden; aber wegen des hohen Grades an Universalisierung und Abstraktion des Kosmos – sowohl der höchsten moralischen Autorität als auch der Natur – erscheint diese Entkopplung im modernen Westen stärker als anderswo als Widerspruch und bewirkt einen stärkeren Druck in Richtung auf weitere Verbesserung und Veränderung.

#### Zusammenfassung: Institutionen und Institutionalisierung

Wir betrachten es als einen wichtigen Teil unserer theoretischen Arbeit, die Codewörter zu entschlüsseln, mit deren Hilfe viele Soziologen unliebsame Erklärungsprobleme unter den Teppich der Kultur kehren. Es ist allgemein üblich zu sagen, daß soziale Situationen und Strukturen von Legitimitätsbedingungen abhängig sind oder mit Autoritätsfragen zu tun haben, oder durch die Wissensverteilung bestimmt werden. Allzuoft sind solche Begriffe leer und substanzlos. Legitimität ist nicht ein abstraktes Prinzip, sondern eine etablierte und gut ausgearbeitete Theorie über den Zusammenhang von Situationen und Strukturen mit kollektiven Zwecken. Autorität ist nicht ein metaphysischer Begriff, sondern eine Erklärung wirklicher Souveränität und Steuerungsleistungen. Daher ist die Autorität eines bestimmten Akteurs nicht irgendein abstraktes, isoliertes Prinzip, sondern eine funktionale Erklärung dafür, wie die Dinge korrekterweise zu laufen haben, und die Legitimität dieser Autorität ist eine kognitive und normative kulturelle Zurechnung davon, in welcher Weise der Akteur allgemeine kollek-

tive Zwecke voranbringt. Wissen ist nicht ein abstraktes Merkmal von Bewußtsein, sondern im wesentlichen das, was als gültig behauptet und anerkannt wird.

*Institutionen* sind in unserem Verständnis kulturelle Regeln, die soziales Handeln mit allgemein verständlicher Bedeutung versehen und in strukturierter Weise steuern. Institutionalisierung ist dann der Prozeß, der solche Regeln als natürlich und selbstverständlich etabliert und gleichzeitig alternative Bedeutungen und Steuerungsregeln ausschaltet. In der westlichen Tradition geschieht die Institutionalisierung von Regeln dadurch, daß sie eng mit der universellen moralischen Autorität und der gesetzmäßigen Ordnung der Natur verknüpft werden. Mit ihrer Institutionalisierung können sie immer vollständigere und in sich stärker zusammenhängende Beschreibungen des sozialen Handelns in bestimmten Bereichen liefern und mehr Aspekte dieses Handelns erklären. Mit ihrer Institutionalisierung werden sie immer unsichtbarer und schalten immer mehr Alternativen aus. Ihre Institutionalisierung bedeutet also, daß sie sich immer unangreifbarer machen und immer weniger der Manipulation durch die Beteiligten ausgesetzt sind.

Institutionalisierung ist damit die Etablierung von Zusammenhängen, die Handeln zum einen organisieren und es zum anderen in ständig anwachsenden kulturellen Theorien und Ideologien verankern. Diese Theorien, meist funktionalistischer Art, sind sowohl normativ als auch deskriptiv, wobei man diese beiden Dimensionen nicht als streng voneinander getrennt sehen darf. Institutionalisierung umfaßt die Konstruktion von Mitteln und Zwecken, von Akteuren und Handlungen, sowie die Verknüpfung all dieser Elemente mit dem allgemeinen Guten und Wahren. Da aber das Gute und Wahre nur mit Hilfe der institutionalisierten Vorstellungen über die Realität erkannt werden kann, ist unserem Verständnis der sozialen Welt am besten gedient, wenn wir sowohl normative als auch deskriptive Theorien grundsätzlich als hinterfragbar behandeln.

## Kapitel 2

### John W. Meyer / Ronald L. Jepperson Die »Akteure« der modernen Gesellschaft: Die kulturelle Konstruktion sozialer Agentschaft

#### 1. Einleitung

Die moderne Kultur stellt sich die Gesellschaft als aus »Akteuren« bestehend vor – aus Individuen und Staaten sowie den von ihnen gebildeten Organisationen. Die Sozialwissenschaften nehmen diese Vorstellung oft für bare Münze und halten es für selbstverständlich, daß die Analyse sozialer Verhältnisse von Akteuren, ihren Sichtweisen und Handlungen ausgehen muß. Wir meinen damit etwa ausgefeilte Theorien interessenbasierten Handelns, die sich so sehr dem Konzept des Akteurs verschrieben haben, daß sie es nicht für nötig halten, dessen Eigenschaften näher zu untersuchen. Moderne Akteure gelten als eigenständige und natürliche Einheiten, deren Einbettung in Kultur weitgehend verschwunden ist (Meyer 1988). Aus dem nicht näher spezifizierten Kern des Akteurseins entspringen Nutzen und Präferenzen, auf denen die ganze soziale Welt aufgebaut sein soll. Irgendwo am Rande solcher Theorien werden gelegentlich vorausgehende kulturelle Regeln erwähnt – zum Beispiel ein System teilweise kulturell gegründeter Eigentumsrechte –, aber diese Regeln gelten typischerweise als Vorbedingungen, die vor allem zu einem früheren Zeitpunkt der Geschichte wirksam waren. Das heutige moderne soziale System soll dagegen auf der Grundlage von voll und uneingeschränkt ausgebildeten, ihre Zwecke verfolgenden Akteuren funktionieren (wenn auch mit institutionellen »Anreizen« und »Einschränkungen« als im Hintergrund wirkenden Bedingungen).

Diese realistische (im Unterschied zur phänomenologischen) Auffassung<sup>1</sup> ist so dominant und so gut legitimiert, daß sie bei den

<sup>1</sup> Wie angedeutet verstehen wir »Realismus« als Gegensatz zu stärker »phänomenologisch« oder »konstruktivistisch« ausgerichteten Theorien. Die analytische Dimension, die dieser Unterscheidung zugrunde liegt, gibt an, in welchem Grad die zu untersuchenden Einheiten oder Relationen als ursprünglich (d. h. als nicht historisch oder kontextspezifisch) oder aber als hochgradig konstruiert (d. h. als